

Stellungnahme

Konsultation der EU-Kommission zum Wärmepumpen-Rollout

Vorliegend beteiligt sich der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) mit einer Stellungnahme an der Konsultation zu einem geplanten Aktionsplan für einen flächendeckenden Wärmepumpen-Rollout.

August 2023

Vorbemerkung zum Konsultationsverfahren

Das gewählte Multiple-Choice-Verfahren in Verbindung mit der inhaltlichen Ausrichtung der Fragen machen dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) ein passgenaues Befüllen des Fragebogens leider unmöglich. Wir kreuzen durchgehend „Keine Meinung“ an, um eine auf die Handwerksanliegen zugeschnittene Stellungnahme am Ende des Fragebogens zu ermöglichen. Die unten in Bezug genommenen Ziffern beziehen sich auf den Fragenkatalog der Konsultation.

Das Wesentliche in Kürze

Aus Sicht des ZDH sind Wärmepumpen ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende im Gebäudesektor. Das Handwerk ist dabei unabdingbarer Partner. Für ein gutes Investitionsklima ist Vertrauen in verlässliche Rahmenbedingungen unerlässlich. Das Gebäude ist immer ganzheitlich in einer Art Gesamtschau zu anzusehen. Die energetischen Bedingungen der Gebäudehülle sind hierfür maßgeblich. Es müssen außerdem Aspekte wie örtliche Bedingungen und auch die Energieinfrastruktur (z. B. ausreichende Netzkapazitäten) Berücksichtigung finden. Des Weiteren können Brandschutzaspekte, je nach den in Wärmepumpen verwendeten Kältemitteln, maßgeblich sein. Konkret bedeutet das: Die Wärmepumpe muss eine für den konkreten Fall maßgeschneiderte und damit die beste Lösung sein. Das Handwerk liefert hierfür kompetente Beratung und Leistung. Zielkonflikte dürfen durch das gesetzliche Regelwerk insgesamt nicht entstehen. Aktuelle EU-Gesetzesinitiativen, wie die Revision der F-Gase-Verordnung und das zu entscheidende PFAS-Verbot, sind jedoch dem Wärmepumpenhochlauf gegenläufig. Auch wird das Vertrauen der Verbraucher hierdurch wiederum geschwächt. Darüber hinaus vertreten wir die Auffassung, dass Anreize mit einem entsprechenden Regelungsumfeld wirksamer sein können als restriktive regulatorische Vorgaben.

Detaillierte Stellungnahme

Hindernisse (Ziffern 1, 2, 3)

Stellungnahme: Hohe Kosten auf der Nachfrageseite sind ein wesentlicher Faktor zur Hemmung einer gelingenden energetischen Verbesserung bei Wohn- und Nichtwohngebäuden. Hier spielen der energetische Renovierungsaufwand und hohe Betriebskosten, nämlich Stromkosten, zweifellos eine große Rolle. Die Einengung des Blickfeldes auf eine oder wenige Technologien verkennt, dass Innovation eine geweitete Perspektive benötigt. Darüber hinaus ist die Verfügbarkeit, auch angesichts von Lieferzeiten, zwingend sicherzustellen. Das jeweilige Bestandsgebäude ist ganzheitlich zu betrachten und in seiner Eignung für die jeweilige Technologie zu prüfen. Der energetische Standard des Gebäudes, aber auch Abstandsflächen oder Emissionen wie beispielsweise Lärm sind in diese Gesamtschau einzubeziehen. Die vorhandene und geplante Energieinfrastruktur (z. B. ausreichende Netzkapazitäten) kann richtungsweisend sein. Des Weiteren können Brandschutzaspekte, je nach den in Wärmepumpen verwendeten Kältemitteln, maßgeblich werden. Wir müssen außerdem in unsere Erwägungen miteinbeziehen, dass in Deutschland nur etwa die Hälfte der Bestandsgebäude derzeit auf den effizienten Einsatz einer

Wärmepumpe vorbereitet sind. Des Weiteren können nach Ansicht des ZDH ein restriktives und bürokratisches Regelungsumfeld sowie mangelnde Anreize Haupthindernisse für eine energetische Neuausrichtung von Gebäuden sein. Gerade öffentliche Zuwendungen sollten so gestaltet werden, dass der mögliche Zuwendungsempfänger das Förderangebot niedrigschwellig in Anspruch nehmen kann.

Politiken und Maßnahmen (Ziffern 4, 5, 6)

Stellungnahme: Hinsichtlich effizienter Politiken und Maßnahmen drängt der ZDH darauf, die notwendige Technologieoffenheit beizubehalten. Dies beinhaltet, dass staatliche Förderungen nicht einseitig sein dürfen. Anstelle starrer, regulatorischer Vorgaben setzen wir außerdem auf Anreize wie beispielsweise eine entsprechende Besteuerung oder eine höhere CO₂-Bepreisung über das ETS. Einseitige Ökodesign-Vorgaben können zu einer unverhältnismäßigen Angebotsbeschränkung führen. Eine negative öffentliche Konnotation von gesetzlichen Rahmenbedingungen sollte vermieden werden. Transparenz kann unter anderem durch Labelling und Datenbanken sicherlich erhöht werden; diese darf aber nicht umgekehrt mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsmehraufwand einhergehen und durch ihre Komplexität wiederum abschreckende Wirkung zeitigen.

Wirtschaftspolitische und Finanzierungsinstrumente (Ziffern 7, 8, 9, 10)

Stellungnahme: Bei öffentlichen Zuwendungen – ob aus Europäischen oder nationalen Mitteln – ist unseres Erachtens die notwendige Technologieoffenheit beizubehalten. Öffentliche Förderungen dürfen deshalb nicht einseitig sein, sondern sie müssen für Innovationen und weitere Entwicklungen genügend Raum lassen. Grundsätzlich kann ein attraktives Anreizsystem wirksamer sein als starre, regulatorische Vorgaben. Eine richtungswisende Besteuerung kann ein guter Weg sein. Die Einbindung des Gebäudesektors in das ETS befürworten wir. Private attraktive Finanzierungsinstrumente sind aber mindestens genauso wichtig. Stets gilt, dass öffentliche Förderungen und auch Anreize und private Finanzierung niedrigschwellig erreichbar sein sollten.

Technische Hilfe und Bewusstsein (Ziffern 11, 12, 13)

Stellungnahme: Das Bewusstsein für eine gelingende Energiewende in der Bevölkerung kann durch eine gute öffentliche Kommunikation geschärft werden. Diese bereitet den Boden für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Das Handwerk unterstützt durch kompetente Beratung und Leistung und ist hierbei ein verlässlicher Partner. Vertrauen in verlässliche Rahmenbedingungen kann durch eine gute Kommunikation gefördert werden. Das Handwerk als starker Partner ist hier die kompetente Schnittstelle zum Endverbraucher.

Kompetenzen und Wissen (Ziffern 14, 15)

Stellungnahme: Das deutsche Berufsbildungssystem bringt wegen seiner starken Verankerung in der Wirtschaft seit Jahrzehnten hochkompetente Fachkräfte hervor, deren Kompetenzen von einer hohen Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt geprägt sind. Die vorhandenen Steuerungs- und Qualifizierungsstrukturen haben auch im Kontext Wärmepumpe gewährleistet, dass die Fachkräftebasis im Handwerk die notwendigen Planungs-, Installations- und Wartungsarbeiten kompetent und fachgerecht ausführen kann. Für Fachkräfte mit dem Bedarf, ihre Kompetenzen im Bereich Wärmepumpe zu ergänzen, halten die Berufsbildungsstrukturen der Wirtschaft eine Bandbreite an bedarfsgerechten

Weiterbildungen parat. Deren Entwicklung geht grundsätzlich eine gewerkespezifische Definition bestehender Kompetenzerweiterungsbedarfe voraus. Sowohl Fachkräfte als auch die sie einsetzenden Betriebe profitieren dabei von der eigenverantwortlichen Steuerung des Weiterbildungsangebots durch die Einrichtungen der Wirtschaft. So können Qualifizierungsinstrumente zügig und fachgerecht entwickelt und an den Markt gebracht werden. Um solche Prozesse effizient und erfolgreich durchführen zu können, müssen diese von nationalen Stakeholdern initiiert und verantwortlich gesteuert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass entstehende Qualifizierungsangebote nationale Betriebs- und Bildungsstrukturen in den Mitgliedsstaaten berücksichtigen und die notwendige Akzeptanz ihrer Zielgruppen finden.

Für die Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten bedarf es beschleunigter Visums- und Aufenthaltsverfahren. Um die Arbeitsmigration von Menschen ohne formale Berufsabschlüsse aus Drittstaaten zu ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten im nationalen Zuwanderungsrecht auch standardisierte Kompetenzvalidierungsverfahren ermöglichen.

Im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU müssen die Grundsätze zur Anerkennung von Berufsqualifikationen in reglementierte Sektoren im Sinne eines hohen Qualifizierungs- und Verbraucherschutzstandards im Binnenmarkt weiterhin Gültigkeit haben. EU-weite Mechanismen zur Schaffung von anzuerkennenden Qualifikationen (z. B. EU-weite Microcredentials für die Installation von Wärmepumpen) werden nicht für sinnvoll gehalten, da sie das Subsidiaritätsprinzip in Bildungsfragen verletzen.

Systemintegration von Wärmepumpen (Ziffern 16, 17, 18, 19)

Stellungnahme: Das Handwerk in Deutschland trägt durch kompetente Beratung und Leistung zu einer gelingenden Systemintegration von Wärmepumpen bei.

Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der Wärmepumpen-Wertschöpfungskette (Ziffern 20-28)

Stellungnahme: Leichtere Genehmigungsprozesse, Investitionen in Forschung und Innovation, gute und verlässliche Regelungen für das geistige Eigentum und eine ausreichende Standardisierung können Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz in den Lieferketten stärken. Sektoren wie unter anderem Microchips oder Rohstoffe sind sicherlich wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz. Die Förderung der Zusammenarbeit mit Drittländern kann vorteilhaft sein, auch beispielsweise im Rahmen eines sogenannten „Peer-Learnings“.

Anmerkung: Aktuelle EU-Gesetzesinitiativen offenbaren einen gewissen Zielkonflikt. Denn sie können die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Wärmepumpen im genannten Zeitfenster bis 2030 gefährden. Die derzeitige, in den Trilogverhandlungen befindliche Initiative der F-Gase-Verordnung (Phase-Out und Inverkehrbringensverbote) und das bei der ECHA befindliche Dossier eines sehr weitgehenden PFAS-Verbots nach Anhang XVII der REACH-Verordnung könnten für die heimische Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Wärmepumpen hinderlich sein. Dies würde auch die Abhängigkeit von Importen aus Drittländern weiter befördern.

Ansprechpartnerin: Katrin Lützenkirchen

Bereich: Europapolitik

luetzenkirchen@zdh.de · www.zdh.de

Herausgeber:

Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.

Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Lobbyregister: R002265
EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5,6 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter www.zdh.de